

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 1766) betreffend Schulsozialarbeit im Burgenland (Zahl 21 - 1253) (Beilage 1800).

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Schulsozialarbeit im Burgenland, in ihrer 26. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 15. Mai 2019, beraten.

Landtagsabgeordnete Doris Prohaska wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Doris Prohaska einen Abänderungsantrag.

Danach erfolgte von Herrn Klubobmann, Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA eine Wortmeldung sowie eine Frage an Frau Landesrätin Mag.^a (FH) Daniela Winkler, die von ihr beantwortet wurde.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Schulsozialarbeit im Burgenland, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Mai 2019

Die Berichterstatterin:

Doris Prohaska eh.

Der Obmann-Stellvertreter des Rechtsausschusses als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Steiner eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 15. Mai 2019

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag Zahl 21 - 1253, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Beschluss

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Schulsozialarbeit im Burgenland“

Aktuell ist die psychosoziale Versorgung an burgenländischen Schulen durch das Zusammenspiel einer Vielzahl unterschiedlicher Professionen gesichert. Dieses sogenannte Unterstützungspersonal besteht aus Beratungslehrern, Lehrern mit Zusatzausbildung und Personen der burgenländischen Schulassistenten. Diese sind wiederum in ein Netzwerk bestehend aus Schulpsychologie, Kinder- und Jugendhilfe, dem PSD und der burgenländischen Kinder- und Jugendanwaltschaft eingebettet. Hinzu treten weitere spezialisierte Angebote der psychosozialen Versorgung wie die Schulpsychologie-Bildungsberatung (Bildungsdir. Bgld.), das MIT (mobiles interkulturelles Team, Teil der Abt. Schulpsychologie, BD Bgld.) sowie das FIDS (Abt. der BD Bgld., Sonderpädagogik).

Ein Teil dieses Netzwerkes sind auch sogenannte Schulsozialarbeiter. Seit Januar 2017 wird, im Rahmen eines österreichweiten Projekts des BMBWF mit begrenzter Laufzeit bis Ende Juni 2019, im Burgenland Schulsozialarbeit durchgeführt. Schulsozialarbeit steht als niederschwelliges Angebot und Vernetzungsstelle für Schülerinnen und Schüler, aber auch für Eltern und LehrerInnen zur Verfügung, mit dem Ziel, Präventionsarbeit zu leisten. Themen wie Gewalt und Mobbing, Schulabsentismus, Schulverweigerung, Klassenklima etc. werden in Gruppenangeboten, aber auch in individuellen Beratungsgesprächen in den Fokus gestellt. Durch die Anwesenheit an der Schule bzw. in den Lebenswelten der SchülerInnen sorgen Schulsozialarbeiter für eine vertrauensvolle Atmosphäre und geben den Kindern und Jugendlichen vor allem für die An- und Aussprache schwieriger Themen Sicherheit.

Im Sinne der Prävention soll Schulsozialarbeit Themen ansprechen, die lebensweltlich für die Kinder und Jugendlichen bedeutsam sind und zum Gelingen des Zusammenlebens an Schulen und zu einer erfolgreichen Bildungsbiographie der einzelnen SchülerInnen beitragen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- weiterhin den zielgerichteten Einsatz von Unterstützungspersonal sicherzustellen und die bestehenden Personalressourcen bestmöglich zu nutzen.
- mit dem Bildungsminister in Kontakt zu treten, um den Ausbau von Schulsozialarbeit nachhaltig finanziell absichern zu können.